

Brüssel, den 25. April 2025
(OR. en)

7942/25

LIMITE

JEUN 48
EDUC 107
SOC 219

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten zu einer Gemeinschaft junger Menschen in Europa auf der Grundlage europäischer Werte für ein gemeinsames und sicheres Europa –Billigung

1. Die Gruppe „Jugendfragen“ hat den oben genannten Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates in mehreren Sitzungen geprüft. Alle Delegationen konnten der Textfassung in der Anlage zustimmen.
2. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, das Einvernehmen über den beigefügten Text zu bestätigen und ihn dem Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) auf seiner Tagung am 12. Mai 2025 zur Billigung und anschließenden Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union vorzulegen.

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten
zu einer Gemeinschaft junger Menschen in Europa auf der Grundlage europäischer Werte für ein
gemeinsames und sicheres Europa

DER RAT UND DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER
MITGLIEDSTAATEN —

UNTER HINWEIS AUF FOLGENDES:

1. Die Europäische Union gründet sich auf die gemeinsamen Werte¹ der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, die im Vertrag über die Europäische Union verankerte Grundsätze sind. Diese europäischen Werte sind universell und dienen als Eckpfeiler für den Aufbau einer gemeinsamen und sicheren europäischen Gesellschaft.
2. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, in der die Rechte und Freiheiten aller Menschen, einschließlich junger Menschen, bekräftigt werden, bietet einen soliden Rahmen für Würde, Gleichheit, Teilhabe und Schutz. Diese Instrumente dienen als Richtschnur für die Bemühungen, ein sicheres und inklusives Umfeld für alle jungen Menschen in Europa zu schaffen, das ihre Entwicklung und ihr Engagement in der Gesellschaft fördert.²

¹ Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union.

² Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2012/C 326/02) (ABl. C 326 vom 26.10.2012, S. 391).

3. In der Europäischen Säule sozialer Rechte werden die Rechte junger Menschen auf Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung, Chancengleichheit und Schutz vor Diskriminierung anerkannt und so die Schaffung inklusiver, resilienter Gemeinschaften unterstützt, an denen junge Menschen aktiv teilhaben und in denen sie wirtschaftliche und soziale Sicherheit erfahren.³ In diesem Sinne wurden die Mitgliedstaaten in den Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Werte und der demokratischen Bürgerschaft⁴ aufgefordert, ein beständiges Bemühen um Beachtung der Gleichstellung und der Diversität in den spezifischen Kontext der Vermittlung der gemeinsamen europäischen Werte und der demokratischen Bürgerschaft einzubinden.
4. Die EU-Jugendstrategie 2019-2027⁵ umfasst elf Europäische Jugendziele, in denen die zentrale Rolle junger Menschen beim Aufbau eines gemeinsamen und sicheren Europas hervorgehoben wird. Durch ihre drei Kernbereiche – Beteiligung, Begegnung, Befähigung – wird die Bedeutung einer substanziellen Teilhabe hervorgehoben, die das gegenseitige Verständnis fördert und jungen Menschen in Europa die Kompetenzen und Möglichkeiten verschafft, die sie benötigen, um aktiv zu einer resilienten und inklusiven Gesellschaft beizutragen.⁶ Die EU-Jugendstrategie bietet einen Rahmen für die aktive Teilhabe, die Autonomie und die Inklusion junger Menschen und fördert so das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung für eine gemeinsame europäische Identität.

³ Europäische Säule sozialer Rechte, Kapitel I: Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt, vom Europäischen Parlament, vom Rat und von der Kommission am 17. November 2017 proklamiert (2017/C 428/09), ABl. C 428 vom 13.12.2017, S. 10.

⁴ Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Werte und der demokratischen Bürgerschaft, ABl. C, C/2023/1419 vom 1.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/1419/oj>.

⁵ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: die EU-Jugendstrategie 2019-2027 (ABl. C 456 vom 18.12.2018, S. 1).

⁶ EU-Jugendstrategie 2019-2027.

5. Die aktive Einbeziehung junger Menschen in Entscheidungsprozesse auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene ist von entscheidender Bedeutung, um ein Gefühl der Eigenverantwortung und Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft der Europäischen Union zu fördern. Strukturierte Mechanismen für die Beteiligung der Jugend wie der EU-Jugenddialog bieten eine Plattform für eine substanzielle Teilhabe, die es jungen Menschen ermöglicht, ihre Sichtweisen zu äußern, die Politikentwicklung zu beeinflussen und zur Gestaltung eines gemeinsamen und sicheren Europas beizutragen.⁷
6. Als Akteure des Wandels und Schlüsselakteure bei der Gestaltung der Zukunft Europas sollten junge Menschen von frühester Kindheit an dazu ermutigt und befähigt werden, die Grundsätze, Werte und Arbeitsweise der EU im Einklang mit dem Jugendziel #1⁸ zu verstehen, und sich aktiv an den demokratischen Prozessen, der Zivilgesellschaft und der sozialen Inklusion der Europäischen Union im Einklang mit dem Jugendziel #9⁹ zu beteiligen.
7. Die Bekämpfung von Desinformation und Fehlinformationen und die Bereitstellung zuverlässiger Informationen sind für den Schutz demokratischer Prozesse und den Schutz junger Menschen vor Manipulation von entscheidender Bedeutung. Die stärkere Sensibilisierung für Cybersicherheit und die Förderung der digitalen und der Medienkompetenz und einer Kultur der Wachsamkeit unter jungen Menschen ermöglichen es ihnen, digitale Bedrohungen zu erkennen und abzuschwächen und so ein sicheres und widerstandsfähiges digitales Umfeld zu fördern.¹⁰

⁷ Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten zur sozialen Dimension eines nachhaltigen Europas für junge Menschen (2023/C 185/06), ABl. C 185 vom 26.5.2023, S. 21.

⁸ Die EU-Jugendstrategie 2019–2027, Jugendziel Nr. 1, „Die EU mit der Jugend verbinden“.

⁹ Die EU-Jugendstrategie 2019–2027, Jugendziel Nr. 9, „Räume und Teilhabe für alle“.

¹⁰ Aktionsplan für Demokratie in Europa; Aktionsplan für digitale Bildung 2021–2027, COM(2020) 624 final, SWD(2020) 209 final; Schlussfolgerungen des Rates zur Medienkompetenz in einer sich ständig wandelnden Welt (ABl. C 193 vom 9.6.2020, S. 23).

8. Die zunehmenden gesundheitlichen Herausforderungen, auch im Zusammenhang mit psychischer Gesundheit und Wohlbefinden, mit denen junge Menschen konfrontiert sind und die durch die Folgen der COVID-19-Pandemie und andere gesellschaftliche Veränderungen und sozialen Druck – sowohl offline als auch online – verschärft wurden, müssen auf allen Ebenen priorisiert werden. Die Unterstützung der psychischen Resilienz junger Menschen ist nicht nur für ihre persönliche Entwicklung von wesentlicher Bedeutung, sondern auch für die Förderung einer sicheren und inklusiven europäischen Gesellschaft, in der sie sich als aktive Teilnehmer an demokratischen und sozialen Prozessen sowie in ihrem Berufsleben entfalten können.¹¹
9. Junge Menschen in ganz Europa stehen vor Herausforderungen, die eng mit den europäischen Werten verknüpft sind, wie Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit, schrumpfende zivilgesellschaftliche Räume und wachsende Bedrohungen für die demokratische Teilhabe. Diese Probleme, in Verbindung mit drängenden globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem demografischen, dem digitalen und dem ökologischen Wandel, Desinformation, internationalen politischen Spannungen und bewaffneten Konflikten, verschärfen zwar Ungleichheiten und stellen Hindernisse dar, die einige junge Menschen daran hindern, an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen teilzuhaben, dienen aber für andere jungen Menschen wiederum auch als Katalysator für eine aktive Beteiligung an demokratischen Debatten und an Maßnahmen in Bereichen wie Menschenrechte, psychische Gesundheit, Generationengerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und gesellschaftlicher Wandel.¹²
10. Verschiedene EU-Programme und -Initiativen wie Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps, das Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“, der Europäische Sozialfonds Plus sowie sofern relevant die Initiative „Aim, Learn, Master, Achieve“ (ALMA), DiscoverEU, die Jugendgarantie, der EU-Jugenddialog und das Europäische Jahr der Jugend 2022, haben sich bei der Förderung der Beteiligung junger Menschen, der Kompetenzentwicklung, der sozialen Mobilität und der Förderung europäischer Werte über Grenzen hinweg als erfolgreich erwiesen;

¹¹ Europäische Kommission/EACEA/Youth Wiki, 2022. *The impact of the COVID -19 pandemic on the mental health of young people: Policy responses in European countries (Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die mentale Gesundheit junger Menschen: politische Maßnahmen in europäischen Ländern)*, Youth-Wiki-Bericht, Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union; Flash Eurobarometer 545 – Jugend und Demokratie, Mai 2024.

¹² Flash Eurobarometer 545 – Jugend und Demokratie, Mai 2024.

IN ANERKENNUNG DES FOLGENDEN:

11. Der Aufbau einer starken Gemeinschaft junger Menschen in Europa ist der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen, mit denen junge Menschen konfrontiert sind, einschließlich des Gefühls einer mangelnden Verbundenheit und der Enttäuschung in Bezug auf die EU-Institutionen. Herausforderungen wie psychische Gesundheitsprobleme, eine zunehmende Ungleichheit und die Wahrnehmung, nicht angemessen in den Entscheidungsprozess der EU einbezogen zu werden, haben bei einigen jungen Menschen zu einem Gefühl des Misstrauens gegenüber den Institutionen beigetragen.¹³
12. Erfreulich ist zwar, dass junge Menschen weiterhin ein starkes Gefühl der europäischen Identität bewahren, doch das Vertrauen in die europäischen Institutionen ebenso wie die Absicht junger Menschen, an Europawahlen teilzunehmen, sind rückläufig. Um dieses Vertrauen wiederherzustellen, sollte mehr Gewicht auf inklusive Maßnahmen gelegt und dabei sichergestellt werden, dass diese Maßnahmen den spezifischen Bedürfnissen und Anliegen junger Menschen, der politischen Bildung, der generationenübergreifenden Zusammenarbeit, der Förderung gemeinsamer Werte und des aktiven Engagements junger Menschen für die Demokratie und die Zivilgesellschaft Rechnung tragen, und der Zugang zu zuverlässigen Informationsquellen gewährleistet werden.¹⁴
13. Die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie Probleme im Bereich der psychischen Gesundheit, der digitale und der ökologische Wandel, die Klimakrise, soziale Ungleichheit, Polarisierung, Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtsverletzungen, internationale politische Spannungen und bewaffnete Konflikte, bedürfen einer geschlossenen europäischen Reaktion. Die Einbeziehung junger Menschen in Europa in die Bewältigung dieser Probleme durch eine substanzielle Teilhabe an Entscheidungsprozessen wird dafür sorgen, dass Europa für künftige Generationen eine sichere und zukunftsfähige Region bleibt.
14. Der Jugendbereich kann eine entscheidende Rolle für einen integrierten und sektorübergreifenden Ansatz spielen, um die gewalttätige Radikalisierung junger Menschen gegen europäische Werte zu ermitteln, zu verhindern und dagegen vorzugehen.

¹³ Flash Eurobarometer 545 – Jugend und Demokratie, Mai 2024.

¹⁴ „Young Citizens’ Views and Engagement in a Changing Europe“, IEA International Civic and Citizenship Education Study 2022 („Die Ansichten junger Menschen und ihr Engagement in einem sich wandelnden Europa“, IEA-Studie (2022) zur politischen und staatsbürgerlichen Bildung), European Report, Springer, 2022.

15. Der Dialog mit Kindern und jungen Menschen über Beteiligungsmechanismen wie die EU-Plattform für die Beteiligung von Kindern bzw. den EU-Jugenddialog zeigt, wie wichtig es ist, inklusive und sichere Räume zu schaffen, in denen sie ihre Ansichten äußern und sich sinnvoll an der Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft Europas beteiligen können.¹⁵ Gleichzeitig ist es ebenso wichtig, die Meinungen junger Menschen bei der Politikgestaltung zu berücksichtigen;

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DES FOLGENDEN:

16. Die Welt ist heute mit sich wandelnden und neu aufkommenden Bedrohungen für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, einer globalen Umwelt- und Klimakrise, Bedrohungen für die öffentliche Gesundheit, Desinformationskampagnen, dem ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, dem anhaltenden Konflikt im Nahen Osten und anderen globalen Konflikten konfrontiert. Diese Krisen haben zu Energieknappheit, Inflation, wirtschaftlicher und sozialer Instabilität, Ungleichheit und Massenmigration geführt und gleichzeitig die Suche nach innovativen Lösungen zur Abmilderung ihrer Auswirkungen vorangetrieben. Die Herausforderungen haben eine neue, zusätzliche Komplexität gleichzeitig aber auch Möglichkeiten geschaffen, um Innovationen zu fördern und drängende gesellschaftliche und ökologische Probleme anzugehen.
17. Zudem hat die Beschleunigung des digitalen und des ökologischen Wandels in Europa sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich gebracht. Diese Phänomene können zwar Ungleichheiten und die gesellschaftliche Polarisierung vertiefen und sich negativ auf die Gesundheit, einschließlich der psychischen Gesundheit, auswirken, was in besonderem Maße junge Menschen trifft – sie haben aber auch Innovationen vorangetrieben, neue Möglichkeiten für die allgemeine und berufliche Bildung und Beschäftigung geschaffen und die Vernetzung gestärkt. Zur Bewältigung dieser Chancen und Herausforderungen bedarf es anhaltender Anstrengungen zur Förderung der Inklusivität und der Generationengerechtigkeit sowie zur Nutzung des Potenzials junger Menschen in Europa, zu einem sichereren, gerechteren und nachhaltigeren Europa beizutragen.¹⁶

¹⁵ Lundy, L. (2007). 'Voice' is not enough: conceptualising Article 12 of the United Nations Convention on the Rights of the Child (Eine „Stimme“ ist nicht genug: Konzeptualisierung von Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen), British Educational Research Journal, 33(6), 927-942. Im Lundy-Modell, das in Initiativen der Europäischen Kommission aufgegriffen wurde, werden vier Elemente – Raum, Stimme, Gehör und Einfluss – hervorgehoben, die für eine sinnvolle Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung von Maßnahmen und Entscheidungen, die sich auf ihr Leben auswirken, von wesentlicher Bedeutung sind.

¹⁶ Bericht der Europäischen Kommission: Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI), 2022.

18. Die Mitgliedstaaten müssen zusammenarbeiten, um die Sicht junger Menschen in politischen Strategien stärker und durchgängig zu berücksichtigen, damit sichergestellt ist, dass diese Strategien auf die unterschiedlichen Bedingungen für junge Menschen in Europa, einschließlich jener mit geringeren Chancen und die von Ausgrenzung bedroht sind, abgestimmt sind.
19. Die Verbesserung bestehender Aktivitäten zur Förderung des aktiven Engagements und der Stärkung der Rolle junger Menschen und ihrer Resilienz ist von entscheidender Bedeutung, um die vielfältigen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen junge Menschen heute in Europa konfrontiert sind. Dies kann die Förderung der Entwicklung persönlicher und sozialer Kompetenzen in allen Lebensbereichen und während des gesamten Lebens¹⁷, die Verbesserung des Zugangs zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung, die an die künftigen Anforderungen des Arbeitsmarkts angepasst ist, die Behebung von Qualifikationslücken und -mängeln, nichtformales und informelles Lernen, die Verbesserung der digitalen und der Medienkompetenz, die Entwicklung inklusiver Möglichkeiten für bürgerschaftliche und demokratische Teilhabe, einschließlich der Bereitstellung von Jugendarbeit und Freiwilligentätigkeiten¹⁸, und die Weiterentwicklung der Systeme zur Unterstützung der psychischen Gesundheit¹⁹ umfassen. Die Stärkung dieser Aktivitäten wird dazu beitragen, eine gemeinsame, sichere und engagierte europäische Gemeinschaft aufzubauen, in der junge Menschen darauf vorbereitet werden, ihr Potenzial voll auszuschöpfen, und aktiv zu einer nachhaltigen und von Zusammenhalt geprägten Zukunft beitragen können.

¹⁷ Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu den europäischen und internationalen politischen Agenden in Bezug auf Kinder, Jugendliche und Kinderrechte, ABl. C, C/2024/3528, 4.6.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/3528/oj>.

¹⁸ Empfehlung des Rates vom 20. November 2008 über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der Europäischen Union (ABl. C 319, 13.12.2008, S. 8).

¹⁹ Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem umfassenden Ansatz für die psychische Gesundheit junger Menschen in Europa, ABl. C, C/2023/1337, 30.11.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/1337/oj>.

20. Auf der EU-Jugendkonferenz in Lublin vom 2. bis 5. März 2025 schlugen junge Menschen folgende Empfehlungen vor:

1. Sie betonten, dass die Hoffnung junger Menschen auf eine demokratische und sichere Zukunft gestärkt werden muss, indem ihr Vertrauen in demokratische Institutionen auf allen Ebenen, ihre Resilienz und ihr Beitrag zur Friedensförderung gestärkt werden, um Demotivation, Desinteresse und politische Entfremdung zu verhindern. Dies kann mithilfe der folgenden Maßnahmen erreicht werden:
 - a) Einführung eines Europäischen Jahres der Resilienz und die Aufstockung langfristiger, leicht zugänglicher EU-Mittel für Projekte im Bereich der Resilienz junger Menschen und der Krisenvorsorge;
 - b) Stärkung des Engagements junger Menschen in Entscheidungsprozessen durch Maßnahmen wie von jungen Menschen geleitete Initiativen für bürgerschaftliches Engagement, ein Jugendcheck auf nationaler und europäischer Ebene und den EU-Jugenddialog. Diese Maßnahmen sollten nicht nur transparente Verfahren umfassen, mit denen die Umsetzung politischer Vorschläge verfolgt wird, sondern auch Partnerschaften mit Jugendorganisationen im Bereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, um ein breites Spektrum junger Menschen zu erreichen und es jungen Führungspersönlichkeiten zu ermöglichen, die Kluft zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern in der EU zu überbrücken;
 - c) junge Menschen dazu ermutigen, für Wahlen zu kandidieren, indem Maßnahmen wie Quoten, Praktika im Politikbereich und die Senkung des Wahlalters eingeführt werden, und jungen Menschen eine echte Chance zu geben, gewählt zu werden;
 - d) Einführung der politischen Bildung als Pflichtfach in der formalen Bildung mit einem umfassenden Lehrplan, der in Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen erstellt und umgesetzt wird. Damit sollten die staatsbürgerliche Verantwortung geschult und die europäischen Werte, die Zivilgesellschaft, kritisches Denken, die demokratische Teilhabe und die Rolle demokratischer Institutionen gefördert werden.

2. Desinformation und Fehlinformationen bedrohen demokratische Werte, untergraben das Vertrauen in Institutionen und sorgen für Polarisierung. Dies führt zu Misstrauen, Desinteresse und psychischen Problemen bei jungen Menschen sowie zu einer Unfähigkeit, fundierte Entscheidungen zu treffen. Die Stärkung der Resilienz junger Menschen in der digitalen Landschaft und der weitere Schutz der demokratischen Werte, auf denen die EU gründet, können durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- a) gemeinsame Gestaltung von Rahmen für digitales Lernen zusammen mit jungen Menschen (formales, nichtformales und informelles Lernen) in Bereichen wie dem Verständnis von Algorithmen, Medienkompetenz, Cybersicherheit, Faktenprüfung, digitaler Fußabdruck, Informationsmanagement, kritisches Denken, ethische Nutzung von Medien und KI;
- b) Umsetzung transparenter Überprüfungs- und Rechenschaftsverfahren für soziale Medien sowie Gütezeichen für Medien, um ein verantwortungsvolles digitales Verhalten zu fördern;
- c) Unterstützung von jungen Unternehmern und Start-up-Unternehmen im Bereich soziale Medien und KI —

ERSUCHEN DIE MITGLIEDSTAATEN AUF DEN ENTSPRECHENDEN EBENEN DAHER,

21. die demokratische staatsbürgerliche Aus- und Weiterbildung und die digitale und die Medienkompetenz gegebenenfalls durch das entsprechende formale, nichtformale und informelle Lernen zu stärken, das jungen Menschen die Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen verschafft, die sie benötigen, um sich wirksam und verantwortungsvoll in die Gesellschaft einzubringen und neue Technologien und Innovationen zu nutzen. Diese Initiativen sollten den unterschiedlichen Bedürfnissen junger Menschen, einschließlich jener mit geringeren Chancen und in prekären Situationen, Rechnung tragen und das Verständnis demokratischer Werte und Prozesse, die aktive Beteiligung an der bürgerlichen und europäischen Gemeinschaft, die Herausbildung einer kritischen Denkweise sowie die digitale und die Medienkompetenz fördern, um sowohl gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen als auch inklusive und resiliente Gemeinschaften zu fördern;

22. die Rolle der Jugendarbeit als treibende Kraft für europäische Werte, Kompetenzentwicklung und bedeutsame Teilhabe junger Menschen hervorzuheben. In der Jugendarbeit in all ihrer Vielfalt werden verschiedene Methoden angewandt, damit sie zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt;
23. die aktive Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen weiter zu fördern, was dazu beiträgt, eine inklusivere Demokratie zu schaffen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, indem die Bürgerbeteiligung junger Menschen gestärkt und sie bei ihrer Teilnahme an Wahlen unterstützt werden;
24. sicherzustellen, dass junge Menschen über gleichberechtigten Zugang zu einem sicheren und inklusiven Umfeld verfügen, das die Entwicklung ihrer psychosozialen Kompetenzen und die Teilnahme an Gemeinschaft stiftenden Tätigkeiten fördert. Solche Aktivitäten könnten Freiwilligenprogramme, generationenübergreifende Projekte und lokale Initiativen zur Bewältigung sozialer und ökologischer Herausforderungen umfassen, die allesamt zum Aufbau und zur Stärkung des Zugehörigkeitsgefühls in lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Gemeinschaften beitragen;
25. den interkulturellen und generationenübergreifenden Dialog und die Solidarität zu fördern sowie alle Formen von Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie anderer Formen von Intoleranz²⁰ zu bekämpfen, z. B. durch die Umsetzung einschlägiger öffentlicher Maßnahmen durch Qualifikationsprogramme, Sensibilisierungskampagnen und sowohl informelle als auch nichtformale Lernaktivitäten, die die Vielfalt der Gemeinschaften Europas widerspiegeln und darauf abzielen, diese Vielfalt zu schützen und zu verbessern;

²⁰ EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 (COM(2020) 565 final); Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025, COM/2020/152 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52020DC0152>; Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025, COM/2020/698 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0698>; und EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens (2021-2030), COM(2021) 615 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A52021DC0615>.

26. Jugendorganisationen, Jugendbetreuer und andere einschlägige Interessenträger, insbesondere diejenigen, die zur Förderung der Werte der Europäischen Union und demokratischer Werte beitragen und die persönlichen und sozialen Kompetenzen junger Menschen entwickeln und dadurch junge Menschen befähigen, sich in der Gemeinschaft einzubringen und gesellschaftliche Herausforderungen wirksam zu bewältigen, zu unterstützen;
27. die Entwicklung von Fähigkeiten zum kritischen Denken bei jungen Menschen zu fördern, um sie zu befähigen, Informationen zu analysieren, Behauptungen zu bewerten und an komplexe gesellschaftliche Fragen mit einer kritischen und unabhängigen Denkweise heranzugehen. Durch die Förderung dieser Kompetenzen können junge Menschen dafür gerüstet werden, aktive und informierte Bürgerinnen und Bürger zu werden, die einen bedeutsamen Beitrag zu einem positiven Wandel in ihrer Gemeinschaft und darüber hinaus leisten;
28. die Bewertung der Jugendpolitik und von Programmen der Jugendarbeit zu unterstützen, um dafür zu sorgen, dass sie inklusiv und wirkungsvoll sind und den vielfältigen und sich wandelnden Bedürfnissen junger Menschen in der gesamten EU, einschließlich junger Menschen mit geringeren Chancen und von Ausgrenzung bedrohter junger Menschen, Rechnung tragen;
29. die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Jugendorganisationen, Kultureinrichtungen und der Allgemeinheit zu fördern und zu erleichtern, um Synergien zu schaffen, die junge Menschen darin bestärken, sich aktiv am kulturellen, sozialen und bürgerschaftlichen Leben sowie im Bereich des Sports zu beteiligen. Durch die Förderung gemeinsamer Lernmöglichkeiten und die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses können diese Bemühungen den Demokratieaufbau unterstützen, inklusive und resiliente Gemeinschaften fördern und junge Menschen dazu befähigen, aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger zu werden²¹;

²¹ Schlussfolgerungen des Rates zum Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Werte und der demokratischen Bürgerschaft (C/2023/1419), ABl. C, 1.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/1419/oj>.

30. die Möglichkeiten, die das Programm Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps (ESK) bieten, nach Möglichkeit in vollem Umfang zu nutzen, um junge Menschen zu befähigen und inklusive, resiliente Gemeinschaften aufzubauen. Instrumente wie Jugendaustausch- und Bildungsprogramme im Rahmen von Erasmus+ können staatsbürgerliche Bildung und kritisches Denken fördern, während Freiwilligenprojekte und solidarische Aktivitäten des Europäischen Solidaritätskorps das Engagement junger Menschen bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen unterstützen. Darüber hinaus ermöglichen Kooperationspartnerschaften und Projekte zum Kapazitätsaufbau im Rahmen von Erasmus+ die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Jugendorganisationen und Kultur- und Sporteinrichtungen mit dem Ziel, demokratische Werte, den interkulturellen Dialog und die aktive Beteiligung zu fördern;

ERSUCHEN DAHER DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION,
UNTER WAHRUNG DES SUBSIDIARITÄTSPRINZIPS

31. die aktive Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen weiter zu fördern, indem dafür gesorgt wird, dass ihre Stimmen Gehör finden und bei der Politikgestaltung auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene berücksichtigt werden;
32. Initiativen zum Kapazitätsaufbau, sowohl in Präsenz als auch online, und die Entwicklung von Kompetenzen zu unterstützen, die junge Menschen in die Lage versetzen, wirksam an Gemeinschaft stiftenden Aktivitäten und an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Diese Bemühungen sollten darauf abzielen, ihr Vertrauen und ihr Wissen sowie ihre Resilienz und ihr Engagement für eine bedeutsame Mitwirkung an Entscheidungsprozessen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu stärken. Im Rahmen dieser Initiativen sollten vorrangig unterrepräsentierte Gruppen junger Menschen, insbesondere junge Menschen mit geringeren Chancen und von Ausgrenzung bedrohte junge Menschen, durch gezielte Outreach-Programme und Partnerschaften mit Basisorganisationen erreicht werden;
33. Jugendorganisationen, insbesondere solche, die die europäischen Werte und die Demokratie unterstützen, und gegebenenfalls nationale Jugendräte bei ihrer Arbeit zu unterstützen, um aktiv zur Gestaltung politischer Maßnahmen beizutragen, die sich auf das Leben junger Menschen auswirken;
34. Jugendinformationssysteme, Informationsumgebungen und die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Informationen kontinuierlich auszubauen, da Jugendinformation eine wichtige Rolle dabei spielt, junge Menschen dabei zu unterstützen, informierte und engagierte europäische Bürgerinnen und Bürger zu werden;

35. sektorübergreifende Anstrengungen zur Förderung des Wohlergehens junger Menschen und zur Prävention von Problemen im Bereich der psychischen Gesundheit zu verstärken sowie den Zugang zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung und Weiterbildungs-, Umschulungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, insbesondere für junge Menschen mit geringeren Chancen und von Ausgrenzung bedrohte junge Menschen, zu fördern und ihre Resilienz und ihre psychosozialen Kompetenzen zu stärken, um für ihre künftige Beteiligung am gesellschaftlichen Rahmen Europas zu sorgen und sozioökonomische Nachteile abzumildern;
36. die Bemühungen zur Förderung eines sicheren und gesunden Online-Umfelds für junge Menschen zu verstärken, indem sie vor unangemessenen Inhalten, suchterzeugender Gestaltung, die sich negativ auf die psychische und körperliche Gesundheit auswirkt, sowie vor Online-Bedrohungen wie Desinformation und Fehlinformationen, Hetze und Belästigung geschützt werden, während gleichzeitig die Bekämpfung von Desinformation verstärkt und die Sensibilisierung für Cybersicherheit und digitale Kompetenzen gefördert werden. Dies wird jungen Menschen dabei helfen, Cyberbedrohungen zu erkennen und einzudämmen, und so zur Gestaltung sichererer und resilienterer Gemeinschaften beitragen;
37. anzuerkennen, wie wichtig die durchgängige Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen in Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, Migration und sozialer Zusammenhalt, Gesundheit, allgemeine und berufliche Bildung, Kultur, Wohnraum, Klima- und Umweltschutz und digitaler Wandel ist, um eine sichere und gemeinsame Zukunft für Europa zu gestalten, und gegebenenfalls sektorübergreifende Strategien zu entwickeln;
38. die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zu fördern, um Möglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, dringende Herausforderungen wie den digitalen Wandel, den Klimawandel und die soziale Inklusion anzugehen. Diese Möglichkeiten könnten Ausbildungsstellen, Praktika, Programme für Unternehmertum und Kooperationsprojekte umfassen;

39. dafür zu sorgen, dass die Stimmen junger Menschen gehört und aktiv berücksichtigt werden, indem sie in Entscheidungsprozesse einbezogen und indem gemeinsam Initiativen konzipiert werden, die das Wirtschaftswachstum, die Sicherheit und die Innovation in Europa vorantreiben;
40. die Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträgern, Jugendorganisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, Forschern und anderen Interessenträgern zu erleichtern, um sicherzustellen, dass die Jugendpolitik relevant bleibt und den sich wandelnden Bedürfnissen der jungen Menschen in Europa Rechnung trägt;
41. die enge Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen aus den Mitgliedstaaten und jungen Menschen aus ganz Europa, insbesondere aus beitrtrittswilligen Ländern, sowie mit jungen Menschen aus nichteuropäischen Ländern, weiter auszubauen und dabei die im Rahmen von Erasmus+ und des Europäischen Solidaritätskorps verfügbaren Möglichkeiten zu nutzen;
42. weiterhin mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, einschließlich des Europarats und der Vereinten Nationen, um das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen und ihrer Organisationen zu stärken, wobei bekräftigt wird, dass die Jugendpartnerschaft zwischen der EU und dem Europarat kontinuierlich unterstützt werden muss;
43. Initiativen zur Einbindung junger Menschen in die europäische Gemeinschaft zu verstärken, dadurch das Verständnis der Unionsbürgerschaft und der europäischen Werte zu fördern und den Bezug junger Menschen zur europäischen Gemeinschaft und zu ihren Institutionen zu stärken;

ERSUCHEN DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION DAHER, IM EINKLANG MIT DEM
SUBSIDIARITÄTSPRINZIP

44. auf transparente Weise, z. B. durch europäische Programme, Initiativen zu stärken und weiter zu unterstützen, mit denen das Wissen über die EU verbessert und zur Herausbildung einer europäischen Gemeinschaft beigetragen wird, die auf gemeinsamen Werten beruht, einschließlich der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte, auch der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören;

45. weiterhin EU-Jugendprogramme und -initiativen wie Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps und den EU-Jugenddialog zu unterstützen und Synergien mit anderen politischen Initiativen zu schaffen, die den Ideenaustausch und die Solidarität fördern und die europäische Identität junger Menschen stärken, sowie sicherzustellen, dass ihre Nachfolgeprogramme und -initiativen eine starke Komponente beinhalten, die der Stärkung der Solidarität und Teilhabe junger Menschen gewidmet ist;
46. Synergien zwischen dem EU-Jugenddialog und neuen partizipativen Mechanismen der EU wie den politischen Dialogen junger Menschen mit Kommissionsmitgliedern, der EU-Gruppe der Interessenträger im Jugendbereich und dem Jugendbeirat der Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu schaffen, damit sie einander ergänzen und damit ihr Potenzial zur Einbeziehung junger Menschen in den Entscheidungsprozess auf EU-Ebene ausgeschöpft wird;
47. die Inklusivität und Zugänglichkeit der unter Nummer 46 genannten Beteiligungsmechanismen zu stärken, indem über verbesserungsbedürftige Bereiche und gewonnene Erkenntnisse reflektiert wird, um eine bessere Vertretung unterschiedlicher Stimmen, einschließlich derer junger Menschen mit geringeren Chancen, zu erreichen;
48. zu gewährleisten, dass die Stimmen junger Menschen auf allen Ebenen berücksichtigt werden, indem der Jugendcheck auf europäischer Ebene, eine Abschätzung der Folgen für junge Menschen oder andere ähnliche Instrumente zur durchgängigen Berücksichtigung junger Menschen in allen Bereichen²² eingeführt werden;
49. diese Schlussfolgerungen bei der Ausarbeitung der nächsten EU-Jugendstrategie und des EU-Jugenddialogs nach 2027 zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass ihr Anwendungsbereich und ihre Ziele in künftigen politischen Rahmen berücksichtigt werden. Dadurch wird sichergestellt, dass die Strategie auf die Bedürfnisse junger Menschen abgestimmt ist und deren Rolle beim Aufbau eines gemeinsamen und sicheren Europas gestärkt wird.

²² Europäische Kommission: Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur, *Youth mainstreaming, youth impact assessment and youth checks – A comparative overview (Durchgängige Berücksichtigung junger Menschen in allen Bereichen, Abschätzung der Folgen für junge Menschen und Jugendchecks – ein vergleichender Überblick)*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2024, <https://data.europa.eu/doi/10.2797/038401>